

## Ausarbeitung der Diplomprüfungsfragen

### I. Allgemeines

#### Weswegen wird der Bereich des Daten- und Informatikrechtes häufig als „Querschnittsmaterie“ bezeichnet?

Das Daten- und Informatikrecht, DIR, oder ‚Cyberlaw‘ ist eine Materie, die einen Querschnitt durch ein Vielzahl eigenständiger Rechtsbereiche darstellt. In der Regel werden Rechtsentscheidungen, die das DIR betreffen auch in Form von Änderungen bzw. Adaptierungen der Bestehenden Rechtstexte der jeweiligen Rechtsbereiche, selten aber durch aufsetzen eigener Rechtstexte, festgehalten.

#### An welche klassischen Rechtsmaterialien knüpfte das DIR an?

- Bürgerliches Recht
- Öffentliches Recht
- Datenschutz
- Europarecht, Völkerrecht
- Kollisionsrecht, IPR
- Namens-, Marken-, und Patentrecht
- Urheberrecht
- Strafrecht

#### Auf welchen Internetseiten können Sie juristische Materialien zum österreichischen und europäischen Recht abfragen?

Österreich:

- Bundeskanzleramt: <http://www.ris.bka.gv.at/>
- Parlament: <http://www.parlament.gv.at/>
- Magistrat: <http://www.wien.gv.at/>

EU:

- Europäische Union: <http://europa.eu.int/>
- EUR-Lex: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/>
- ISPO: <http://europa.eu.int/ISPO/legal/>

Int. Organisationen:

- United Nations Org.: <http://www.un.org/>
- Europarat: <http://www.coe.fr/>
- ICANN: <http://www.ican.org/>

USA:

- Library of Congress: <http://thomas.loc.gov/>

#### Welche Probleme wirft die Regulierung des Internet durch technische Standards und Programmcode auf?

‚Code as Law‘, Programmcode versus Recht. Die Technischen Standards und Programmiercode bestimmen letztlich, welche Möglichkeiten das Internet bietet und bieten wird, welche Anwendungen möglich sein werden und dadurch indirekt, welche Art von Inhalten dem User angeboten werden. Somit haben jene Gremien, die die Standards festlegen (z.B.: W3C Konsortium, ICANN) die Macht, darüber zu bestimmen was möglich ist und sein wird, sozusagen das ‚Recht‘ festzulegen. Die Gefahr ist groß, dass diese Macht missbraucht wird, falls die Entscheidungsträger eigene Interessen hegen, die jenen der Internetuser oder

der einzelnen Regierungen widerstreben. Es gibt also keine Legislative, die durch demokratische Mechanismen entsteht.

...

## **Ist der Cyberspace ein Raum?**

Brockhaus:

Cyberspace der, **virtuelle Realität**, vom Computer simulierte dreidimensionale Welt, an der Personen mittels techn. Geräte teilhaben können; Anwendung z. B. bei Fahr- und Flugsimulatoren.

siehe Text: „Law and Borders – The Rise of Law in Cyberspace“

[http://www.cli.org/X0025\\_LBFIN.html](http://www.cli.org/X0025_LBFIN.html)

## **Hat der Cyberspace Grenzen?**

siehe Text: „Law and Borders – The Rise of Law in Cyberspace“

## **II Online-Vertrags-Recht**

### **Was versteht man unter e-Commerce (bzw.: Elektronischem Geschäftsverkehr)?**

E-Commerce umfasst alle Rechtsgeschäfte, bei denen die Parteien den Vertragsabschluß oder zumindest eine Leistungshandlung über das Internet oder ein vergleichbares Netzwerk durchführen.

### **Wie kommt ein Online-Vertrag zustande?**

Ein Online-Vertrag kommt dann zustande, wenn die beiden Vertragspartner bei Vertragsabschluß keinen physischen Kontakt haben, sondern über das Internet oder ein vergleichbares Netzwerk kommunizieren. Vertragsvoraussetzungen sind

- Essentialia Negotii:  
Kaufgegenstand und Preis
- Willenserklärung:  
mündlich, fernmündlich, schriftlich, digital (e-mail, RFC, etc.)
- Synallagma:  
Angebot : Annahme

### **Nennen Sie die wichtigsten rechtlichen Grundlagen für den Online-Vertragsabschluß**

Der Online-Vertragsabschluß folgt so wie jeder ‚normale‘ Vertragsabschluß den Bestimmungen des ABGB. Zudem gibt es besondere Regelungen den Verbraucherschutz betreffend, Fernabsatz-Richtlinie 97/7/EG. Bezüglich der AGBs gelten die Bestimmungen des AGB-G.

### **Was sind elektronische Willenserklärungen?**

Willenserklärungen, die auf elektronischem Weg übermittelt werden, z.B.: e-Mail, Webformulare,...

### **Was sind Computererklärungen?**

Durch Expertensysteme automatisch abgeschickte Willenserklärungen.

## **Von welcher Seite erfolgt online in der Regel das Angebot, von welcher Seite die Annahme?**

Das Angebot stellt der Kunde/Konsument, die Annahme erfolgt gegebenenfalls durch den Dienstanbieter/Händler. Was umgangssprachlich als ‚Angebot‘ bezeichnet wird (in Schaufenster, auf Internetseiten oder dergleichen) ist eine ‚freibleibende Aufforderung zur Anbotslegung‘, der Konsument wird also aufgefordert, ein Anbot zu legen.

## **Nennen Sie drei mögliche Abschlussarten von Online-Verträgen.**

Online-Kaufvertrag, Online-Liefervertrag, Online-Mietvertrag, Service-Verträge,...

## **Wann gilt ein geschäftliches e-Mail als zugegangen?**

Mailbox-Eingang

## **Gibt es eine Faustregel für die Frist zur Annahme von (Online-) Angeboten?**

Faustregel: 1 bis 3 Tage (nicht aber bei Chat oder VoiceIP)

## **Wo ist die Annahmefrist geregelt?**

§ 862 ABGB: 2x Beförderungszeit + Überlegungszeit.

§ 862. Das Versprechen (Antrag) muß innerhalb der vom Antragsteller bestimmten Frist angenommen werden. In Ermangelung einer solchen muß der einem Anwesenden oder mittels Fernsprechers von Person zu Person gemachte Antrag sogleich, der sonst einem Abwesenden gemachte Antrag längstens bis zu dem Zeitpunkte angenommen werden, in welchem der Antragsteller unter der Voraussetzung, daß sein Antrag rechtzeitig angekommen sei, bei rechtzeitiger und ordnungsmäßiger Absendung der Antwort deren Eintreffen erwarten darf; widrigenfalls ist der Antrag erloschen. Vor Ablauf der Annahmefrist kann der Antrag nicht zurückgenommen werden. Er erlischt auch nicht, wenn ein Teil während der Annahmefrist stirbt oder handlungsunfähig wird, sofern nicht ein anderer Wille des Antragstellers aus den Umständen hervorgeht.

§ 862a. Als rechtzeitig gilt die Annahme, wenn die Erklärung innerhalb der Annahmefrist dem Antragsteller zugekommen ist. Trotz ihrer Verspätung kommt jedoch der Vertrag zustande, wenn der Antragsteller erkennen mußte, daß die Annahmeerklärung rechtzeitig abgesendet wurde, und gleichwohl seinen Rücktritt dem andern nicht unverzüglich anzeigt.

## **Ist ein Rücktritt vom Online-Vertrag möglich?**

Ja. § 871(1) ABGB: rechtzeitiger Widerruf

§ 871. (1) War ein Teil über den Inhalt der von ihm abgegebenen oder dem anderen zugegangenen Erklärung in einem Irrtum befangen, der die Hauptsache oder eine wesentliche Beschaffenheit derselben betrifft, worauf die Absicht vorzüglich gerichtet und erklärt wurde, so entsteht für ihn keine Verbindlichkeit, falls der Irrtum durch den anderen veranlaßt war, oder diesem aus den Umständen offenbar auffallen mußte oder noch rechtzeitig aufgeklärt wurde.

(2) Ein Irrtum eines Teiles über einen Umstand, über den ihn der andere nach geltenden Rechtsvorschriften aufzuklären gehabt hätte, gilt immer als Irrtum über den Inhalt des Vertrages und nicht bloß als solcher über den Bewegungsgrund oder den Endzweck (§ 901).

**Widerrufsrecht von 7 Werktagen (bzw. 3 Monaten, Art.6 Fernabsatz-RL)**

**Allgemeine Anfechtung: Irrtum §870ff ABGB:**

§ 870. Wer von dem anderen Teile durch List oder durch ungerechte und gegründete Furcht (§ 55) zu einem Vertrage veranlaßt worden, ist ihn zu halten nicht verbunden. § 55 (über die Ungültigkeit einer erzwungenen Ehe) ist aufgehoben. Sein zweiter Satz lautete: "Ob die Furcht gegründet war, muß aus der Größe und Wahrscheinlichkeit der Gefahr, und aus der Leibes- und Gemüthsbeschaffenheit der bedrohten Person beurtheilt werden."

§ 871. (1) War ein Teil über den Inhalt der von ihm abgegebenen oder dem anderen zugegangenen Erklärung in einem Irrtum befangen, der die Hauptsache oder eine wesentliche Beschaffenheit derselben betrifft, worauf die Absicht vorzüglich gerichtet und erklärt wurde, so entsteht für ihn keine Verbindlichkeit, falls der Irrtum durch den anderen veranlaßt war, oder diesem aus den Umständen offenbar auffallen mußte oder noch rechtzeitig aufgeklärt wurde.

(2) Ein Irrtum eines Teiles über einen Umstand, über den ihn der andere nach geltenden Rechtsvorschriften aufzuklären gehabt hätte, gilt immer als Irrtum über den Inhalt des Vertrages und nicht bloß als solcher über den Bewegungsgrund oder den Endzweck (§ 901).

### **Was ist das Widerrufsrecht bei Verbrauchergeschäften?**

Die Richtlinie 97/7/EG Regelt den Verbraucherschutz im Fernabsatz. Artikel 6 besagt, dass der Verbraucher jeden Vertragsabschluß im Fernabsatz ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Frist widerrufen.

### **Wie lange dauert die Widerrufsfrist?**

Die Widerrufsfrist dauert mindestens 7 Werktage, sollte der Unternehmer seine in Artikel 5 festgelegten Informationspflichten nicht nachgekommen sein, bis zu 3 Monate.

### **Wo ist die Widerrufsfrist geregelt?**

Richtlinie 97/7/EG, Artikel 6

### **Welche sonstigen Möglichkeiten zur Anfechtung eines Online-Vertrages gibt es?**

§ 871 ABGB: Rechtzeitiger Widerruf

§ 870 ff ABGB: Irrtum

## **III Fernabsatz**

### **Was versteht man unter „Distanzgeschäften“?**

Distanzgeschäfte finden statt, wenn die beiden Geschäftspartner bis zum Vertragsabschluß keinerlei physischen Kontakt haben. Verwendet wird eine oder mehrere sog. Fernkommunikationstechniken.

### **Nennen Sie die gesetzlichen Grundlagen für den Verbraucherschutz im Fernabsatz.**

Den Verbraucherschutz im Fernabsatz regelt die RL 97/7/EG. In Österreich wurde sie in das KSchG aufgenommen.

### **Welche Informationspflichten hat der Diensteanbieter?**

Artikel 4: Vorherige Unterrichtung: Dem Verbraucher muss rechtzeitig vor Vertragsabschluß folgendes mitgeteilt werden:

- Identität des Lieferers, und falls Vorauszahlung erforderlich seine Anschrift
- wesentliche Eigenschaften der Ware oder Dienstleistung
- Preis der Ware oder Dienstleistung incl. Steuern
- gegebenenfalls Lieferkosten
- Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Lieferung oder Erfüllung
- Widerrufsrecht
- Kosten für die Fernkommunikationstechnik falls nicht Standardtarif
- Gültigkeitsdauer des Angebotes und des Preises
- evtl. Mindestlaufzeit

Artikel 5: Dem Verbraucher muss bis spätestens zum Zeitpunkt der Lieferung schriftlich oder auf einem Dauerhaften Datenträger folgendes mitgeteilt werden:

- Widerrufsrecht
- geographische Anschrift der Niederlassung des Lieferers (wegen Beanstandungen)

- Kundendienst, Garantiebedingungen
- Kündigungsbedingungen bei unbestimmter Vertragsdauer

**Welche Konsequenzen hat es, wenn der Diensteanbieter dem Verbraucher bestimmte Informationen nicht fristgerecht übermittelt?**

Die Widerrufsfrist für den Verbraucher verlängert sich auf bis zu 3 Monate.

**Wurde die EU-Fernabsatzrichtlinie in Österreich bereits umgesetzt?**

Ja, das 185. Bundesgesetzblatt vom 19. August 1999 hat die Bestimmungen der Fernabsatzrichtlinie in das KSchG sowie in das UWG und Produkthaftungsgesetz übernommen.

**Was ist ein Dauerhafter Datenträger?**

Nicht e-Mail, schon aber z.B.: CD Rom;

**IV. Kollisionsrecht**

**Welches Recht ist bei grenzüberschreitenden Online-Verträgen anwendbar?**

Neben den Bestimmungen des Internationalen Privatrechtsgesetzes IPRG gilt im Europa das ‚Übereinkommen über das auf vertragliche Schuld anzuwendende Recht‘ von 1980, von Österreich ratifiziert 1998, EVÜ, das folgendes besagt:

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit zur freien Rechtswahl, sowohl für ganze Verträge als auch nur für Teile. Bedingung ist jedoch, dass bestimmte „zwingende Bestimmungen“ des Staates, in dem alle Teile des Sachverhaltes sich befinden (sofern das zutrifft) nicht verletzt werden. Sollte die Rechtswahl verabsäumt werden, so gilt das Recht des Staates, mit dem der Vertrag die engste Verbindung aufweist, das heißt das Recht des Staates jener Partei, die die vertragscharakteristische Leistung erbringt. Sollte es sich um Verbraucherverträge handeln, so gilt das Recht, in welchem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, das heißt, der Verbraucher darf dem Schutz seines Heimatlandes nicht entzogen werden.

kurze Antwort auf die Frage: Es gilt das Recht des Staates, mit dem der Vertrag die engste Verbindung aufweist, bzw. des Vertragspartners, der die vertragscharakteristische Leistung erbringt, oder bei Verbraucherverträgen das Recht des Staates, in dem der Verbraucher seinen dauernden Aufenthalt hat. (sofern er dadurch nicht schlechter gestellt wird)

**Wo finden sich die rechtlichen Grundlagen?**

EVÜ: Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnis anzuwendende Recht (19. Juni 1980, Rom)

IPRG 1978

**Was bedeutet der Grundsatz der „freien Rechtswahl“?**

„Freie Rechtswahl“ nach Artikel 3 EVÜ bedeutet, dass die Vertragspartner die Möglichkeit haben, das auf den Vertrag oder nur einen Teil dessen anzuwendende Recht frei zu wählen. Weiters dürfen sie später vereinbaren, den Vertrag unter einem anderen Recht zu beurteilen, als jenem, unter welchem der Vertrag ursprünglich geschlossen wurde.

Sind alle Teile des Sachverhalts zum Zeitpunkt der Rechtswahl in ein und dem selben Staat, so dürfen bestimmte „zwingende Bedingungen“ des Staates nicht verletzt werden.

Bei Verbraucherverträgen gilt, ungeachtet der Rechtswahl, jenes Recht, das den Verbraucher besser schützt.

### **Welchen Einfluss haben vertrags-charakteristische Leistungen auf die Frage, welches Recht anzuwenden ist?**

Falls kein Recht vereinbart wurde, so gilt das Recht des Staates jenes Vertrags-Partners, der die Vertragscharakteristische Leistung erbringt (nur B2B !!!)

### **Welches Recht gilt, wenn keine Rechtswahl getroffen wurde?**

B2B:

Es gilt das Recht des Staates jenes Vertragspartners, der die Vertrags-charakteristische Leistung erbringt.

B2C:

Es gilt das Recht des Staates des Verbrauchers.

## ***V. Allgemeine Geschäftsbedingungen***

### **Was sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen?**

Die AGBs sind laut § 1 (1) AGBG die für eine Vielzahl von Verträgen vorgefertigten Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrages stellt.

### **Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit die AGBs wirksam vereinbart werden?**

Die AGBs gelten nur dann, wenn der Verwender ausdrücklich oder durch einen deutlich sichtbaren Aushang am Ort des Vertragsabschlusses auf sie hinweist und der Vertragspartner in zumutbarer Weise von ihnen Kenntnis nehmen kann damit einverstanden ist.

### **Was versteht man unter „materieller Inhaltskontrolle“?**

Sittenwidrige Klauseln dürfen nicht gelten, selbst wenn sie durch den Vertragspartner zu Kenntnis genommen wurden.

AGBG § 9 (1) Bestimmungen der AGB sind unwirksam, wenn sie den Vertragspartner des Verwenders entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen.

## ***E-Commerce-RL***

### **Was regelt die E-Commerce-Richtlinie?**

Die Richtlinie regelt europaweit die rechtlichen Rahmenbedingungen des E-Commerce.

„Richtlinie über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt.

Das betrifft jede nur denkbare Dienstleistung, die gegen Entgelt elektronisch im Internet erbracht wird und vom Empfänger auf individuellen Abruf (Mausklick) in Anspruch genommen werden kann. („Dienste der Informationsgesellschaft“)

Also z.B.: Online-Kauf von Büchern, CDs, Software, etc., Online-Kauf von Reisen, Online-Beratungsdienst (wie z.B.: Rechts- oder Steuerberatung) oder dergleichen.

### **Gibt es neben der e-commerce-RL noch weitere RL in diesem Bereich bzw. Regulierungsbestrebungen?**

- Richtlinie über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normierung und technischen Vorschriften

- Richtlinie über den Schutz personenbezogener Daten
- Richtlinie über den Verbraucherschutz im Fernabsatz
- Richtlinie über den Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten
- Richtlinienentwürfe über Urheberrecht und über elektronisches Geld, sowie über Fernabsatz von Finanzdienstleistungen
- Richtlinie über elektronische Signaturen

### **Was versteht man unter „Herkunftslandprinzip“?**

Für Dienstleistungen gelten innerstaatliches und Gemeinschaftsrecht.

Jeder Mitgliedsstaat trägt dafür Sorge, dass Dienst der Informationsgesellschaft, die von einem in seinem Hoheitsgebiet niedergelassenen Dienstleister erbracht werden, den in diesem Mitgliedstaat geltenden innerstaatlichen Vorschriften entsprechen, die in den koordinierten Bereich fallen

...nach Maßgabe des Internationalen Privatrechtes, der EVÜ.

D.h.: Es gilt jenes Recht, des Staates, in dem der Dienstleister seine Niederlassung hat, daher muss der jeweilige Staat die Rechtmäßigkeit der Handlungen ermöglichen und überprüfen. (Serverstandort ist nicht gleich Niederlassung!)

Außerdem, u.a.: Verbraucher dürfen dem Schutz des Heimatlandes nicht entzogen werden. Urheberrecht, (Verbrechensbekämpfung, öffentliche Sicherheit, und dergleichen)

### **Was bedeutet die in der Richtlinie festgeschriebene Zulassungsfreiheit?**

Wenn die allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit gegeben sind, darf diese ohne weiteres auch über das Internet in der gesamten Union ausgeübt werden.

Einschränkung: Informationspflichten!

### **Welche Informationspflichten treffen den Diensteanbieter nach der E-Commerce Richtlinie?**

- Name des Anbieters
- geographische Anschrift der Niederlassung
- Kontaktadresse, um unmittelbar und effizient kommunizieren zu können, einschließlich e-Mail Adresse
- Handelsregisternummer oder gleichwertige Kennung
- falls Zulassung erforderlich ist: Angabe der Aufsichtsbehörde
- reglementierte Berufe:
  - Berufsverband, Kammer
  - Berufsbezeichnung, Mitgliedstaat, in dem sie verliehen wurde
  - berufliche Regeln
- Steuernummer
- Angabe der Preise und Erklärung ob mit/ohne Steuer/Versandkosten/...

Besondere Informationspflichten für kommerzielle Kommunikation:

- als solche klar definieren
- Auftraggeber muss klar erkennbar sein
- Angebote zur Verkaufsförderung, Geschenke, etc. klar als solche deklarieren
- Preisausschreiben/Glücksspiel/... klar als solche deklarieren

### **Dürfen die Mitgliedstaaten Online-Verträge generell verbieten?**

Mitgliedstaaten müssen elektronische Verträge ermöglichen.

## **Welche Verträge können von einem Online-Vertragsabschluss ausgeschlossen werden?**

- Immobilienverträge (ausg. Miete)
- Verträge, die Gerichte, Behörden oder öffentliche Befugnisse brauchen
- Bürgschaftsverträge, Sicherheiten im Privatbereich
- Familienrecht, Erbrecht

## **Wie kommt ein Online-Vertrag nach der E-Commerce Richtlinie zustande?**

Diensteanbieter preist seine Ware/Dienstleistung an (z.B.: auf seiner Website). Der Kunde sendet seine Bestellung - die ja eigentlich das Angebot ist - per e-mail (z.B.: über ein Web-Formular) an den Anbieter. Dieser hat den Eingang der Bestellung unverzüglich (doppelte Übertragungszeit und angemessene Bedenkzeit, Faustregel: 2-4 Tage) auf elektronischem Wege zu bestätigen, und fertig ist der Vertragsabschluß.

Bestellung und Empfangsbestätigung gelten als eingegangen, wenn sie für die bestimmten Parteien abrufbar sind.

Der Diensteanbieter muss den Eingang der Bestellung des Kunden nicht bestätigen, wenn der gesamte Vertrag ausschließlich durch den Austausch elektronischer Post oder ein anderes individuelles Kommunikationsmittel erfolgt.

## **Welche Regelungen trifft die Richtlinie hinsichtlich kommerzieller Kommunikation?**

Zu beachten sind spezielle Informationspflichten für kommerzielle Kommunikation, so muss diese als solche klar erkennbar sein, der Absender muss klar hervorgehen, verkaufsfördernde Maßnahmen müssen klar als solche erkennbar sein, genau so wie Preisausschreiben/Glücksspiele (sofern zulässig).

Unter diesen Bedingungen ist kommerzielle Kommunikation, Werbung, per e-Mail, als Banner, etc, zulässig.

Nicht angeforderte Kommunikation ist, sofern sie der Staat, in dem der Anbieter niedergelassen ist nicht verbietet, zulässig, muss aber als solche unzweideutig erkennbar sein. Zudem müssen die Diensteanbieter regelmäßig sog. Robinson-Listen (Opt-Out-Register) konsultieren, in die sich natürliche Personen eintragen können, die keine nicht angeforderte Kommerzielle Kommunikation empfangen möchten.

## **Nachteile des Opt-Out Registers?**

Zum einen müssen die natürlichen Personen außer ihrer e-Mail Adresse auch noch ihren Namen preisgeben, zum anderen ist ja nicht klar, ob, wie oft und wie genau die Diensteanbieter diese Listen konsultieren.

## **Wie sieht die Österreichische Regelung im Vergleich aus?**

§ 101 TKG sagt folgendes:

§ 101. Anrufe - einschließlich das Senden von Fernkopien - zu Werbezwecken ohne vorherige Einwilligung des Teilnehmers sind unzulässig. Der Einwilligung des Teilnehmers steht die Einwilligung einer Person, die vom Teilnehmer zur Benützung seines Anschlusses ermächtigt wurde, gleich. Die erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden; der Widerruf der Einwilligung hat auf ein Vertragsverhältnis mit dem Adressaten der Einwilligung keinen Einfluß. Die Zusendung einer elektronischen Post als Massensendung oder zu Werbezwecken bedarf der vorherigen - jederzeit widerruflichen - Zustimmung des Empfängers.

§ 104.

(3) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe bis zu 500 000 S zu bestrafen, wer



24. entgegen § 101 unerbetene Anrufe oder die Zusendung einer elektronischen Post als Massensendung oder zu Werbezwecken tätigt.

### **Welche Verantwortlichkeit trifft die Provider nach der E-Commerce-Richtlinie?**

Reine Durchleitung: Der Provider ist nicht verantwortlich für Inhalte, die über ihn in ein Kommunikationsnetzwerk transportiert werden, sofern er diese nur durchleitet und nicht länger als technisch notwendig zwischenspeichert. Er kann jedoch von einem Gericht dazu angehalten werden, die Durchleitung zu verhindern. (Access-Provider)

Gleiches gilt für Caching.

Hosting: Der Provider haftet nicht für rechtswidrige Inhalte, die er für User speichert/hostet, sofern er nicht weiß, dass es sich um rechtswidrige Inhalte handelt und sobald er davon weiß unverzüglich Schritte unternimmt, um den Gesetzesbruch zu stoppen.

Grundsätzlich trifft den Provider also keine generelle aktive Überwachungspflicht der übermittelten oder gespeicherten Information. Er kann jedoch von einem Gericht oder den Behörden beauftragt werden, diese unverzüglich über widerrechtliche Tätigkeiten der Kunden zu informieren und Daten der Rechtsbrecher zu übermitteln.

### **Welche Verpflichtungen haben die einzelnen Providertypen?**

Access-Provider:

Haftungsfreistellung, aber auf Anfrage eines Gerichtes: Rechtsverletzungen abstellen oder Verhindern

Servive-Provider:

Caching, Hosting: Bei Kenntnis über eine Straftat: Handeln! Informationspflicht bei Kenntnisnahme.

### **Wo ist die Providerhaftung in Österreich geregelt?**

- § 75 TKG

§ 75. (1) Funkanlagen und Endgeräte dürfen nicht mißbräuchlich verwendet werden. Als mißbräuchliche Verwendung gilt:

1. jede Nachrichtenübermittlung, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit oder die Sittlichkeit gefährdet oder welche gegen die Gesetze verstößt;
2. jede grobe Belästigung oder Verängstigung anderer Benützer;
3. jede Verletzung der nach diesem Gesetz und den internationalen Verträgen bestehenden Geheimhaltungspflicht und
4. jede Nachrichtenübermittlung, die nicht dem bewilligten Zweck einer Funkanlage entspricht.

(2) Inhaber von Funkanlagen und Endgeräten haben, soweit ihnen dies zumutbar ist, geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine mißbräuchliche Verwendung auszuschließen. Diensteanbieter, welche lediglich den Zugang zu Telekommunikationsdiensten vermitteln, gelten nicht als Inhaber.

(3) Funkanlagen dürfen nur für den bewilligten Zweck sowie an den in der Bewilligung angegebenen Standorten, bewegliche Anlagen nur in dem in der Bewilligung angegebenen Einsatzgebiet betrieben werden.

(4) Funksendeanlagen dürfen nur unter Verwendung der mit der Bewilligung zugeteilten Frequenzen und Rufzeichen betrieben werden.

(5) Endgeräte dürfen nur so betrieben werden, daß keine Störungen eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes erfolgen.

(6) Nicht zugelassene oder nicht entsprechend gekennzeichnete Endgeräte dürfen weder mit einem öffentlichen Telekommunikationsnetz verbunden noch in Verbindung mit diesem betrieben werden.

- § 89 TKG: Mitwirkungspflicht bei Überwachungsmaßnahmen

§ 89. (1) Der Betreiber ist nach Maßgabe einer gemäß Abs. 3

erlassenen Verordnung verpflichtet, alle Einrichtungen bereitzustellen, die zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der StPO erforderlich sind. Diese Verpflichtung begründet keinen Anspruch auf Kostenersatz.

(2) Der Betreiber ist verpflichtet, an der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der StPO im erforderlichen Ausmaß mitzuwirken. Hiefür gebührt ihm der Ersatz der angemessenen Kosten.

(3) Durch Verordnung kann der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr im Einvernehmen mit den Bundesministern für Inneres und für Justiz, dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend, die näheren Bestimmungen für die Gestaltung der technischen Einrichtungen zur Gewährleistung der Überwachung eines Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der StPO festsetzen. Nach Erlassung der Verordnung ist unmittelbar dem Hauptausschuß des Nationalrates zu berichten.

- StPO Strafprozessordnung
- TKÜV Entwurf (Telekommunikationsüberwachungsverordnung)

## **VII. Kryptographie**

### **Wozu dient die Verschlüsselung?**

Mit Hilfe der Verschlüsselung wird versucht, Information nur für autorisierte Personen zugänglich zu machen.

### **Erklären Sie die Begriffe Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität!**

➤ Vertraulichkeit:

Vertraulichkeit bedeutet, eine Nachricht von A nach B soll nicht von einem unauthorisierten Dritten C gelesen werden können.

➤ Integrität

Integrität bedeutet, ein unauthorisierter Dritter soll nicht die Möglichkeit haben, eine Nachricht zu verändern/verfälschen.

➤ Authentizität

Es soll garantiert werden, dass eine Nachricht auch tatsächlich von dem angegebenen Absender stammt und nicht von einem unauthorisierten Dritten, der sich als der Absender ausgibt.

### **Nennen Sie die beiden wichtigsten Verschlüsselungsarten.**

Symmetrisch (single key): Ein und der selbe Schlüssel dient der Ver- und Entschlüsselung.

Asymmetrisch (private key, public key): Zwei Schlüssel, einer zum Verschlüsseln, einer zum Entschlüsseln.

### **Welche Problematik wurde durch die Entwicklung der asymmetrischen Verschlüsselung gelöst?**

Das Problem, dass der Schlüssel auch übertragen werden muss und daher von einem unauthorisierten Dritten so wie die Nachricht abgefangen und die Nachricht entschlüsselt werden kann.

### **Wozu dient der Öffentliche Schlüssel?**

Möchte man eine verschlüsselte Nachricht an A senden, so verschlüsselt man diese mit seinem Öffentlichen Schlüssel, A kann sie nach Erhalt mit seinem Privaten Schlüssel entschlüsseln.

Möchte man eine Nachricht signieren, so verschlüsselt man sie mit seinem Privaten Schlüssel, der Empfänger kann sie dann mit dem Öffentlichen Schlüssel des Absenders entschlüsseln.

Das dient als Beweis, dass die Nachricht tatsächlich von dem Vermutetem stammt (niemand sonst hätte sie ja mit dessen privatem Schlüssel verschlüsseln können!)

### **Auf welcher Mathematischen Methode basiert Verschlüsselung?**

RSA-Verfahren: Nachricht wird in einen Zahlencode umgewandelt und mit einer Zahl (Öffentlicher Schlüssel) potenziert (modulo eine andere Zahl) die das Produkt von 2 Primzahlen ist (die Zahl ist so groß, dass mit derzeitigen Rechengeschwindigkeiten die beiden Primfaktoren nicht ausfindig gemacht werden können. Durch das Wissen der beiden Primfaktoren kommt man auf den Privaten Schlüssel zum entschlüsseln.

### **Was versteht man unter „trustworthy third parties“?**

Eine Zertifizierungsstelle, die für die Authentizität, Integrität, und Vertraulichkeit von Nachrichten garantiert. Dies kann z.B. ein Anbieter elektronischer Signaturen sein (<http://www.a-sign.at/>, <https://a-cert.argedaten.at/>)

### **Weswegen wird Verschlüsselung als „Dual-Use-Good“ betrachtet?**

In den USA wird Verschlüsselung so behandelt wie Kriegsmaterial und Waffen, weil Verschlüsselung sowohl eine militärische Bedeutung hat als auch zur Geheimhaltung von verbrecherischen Tätigkeiten verwendet werden kann.

### **Nennen Sie Gründe für staatliche Regulierungsbestrebungen im Bereich Kryptographie!**

Vor allem im Bereich Verbrechensbekämpfung wird den Behörden die Arbeit stark erschwert, wenn „bombenfeste“ Verschlüsselungsmethoden legal anwendbar sind. Mit Richterlichem Erlass sind die Behörden ja befugt, beispielsweise den e-Mail Verkehr von Personen zu überwachen.

### **Nennen Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Export starker Verschlüsselungssoftware!**

- Wassenaar Arrangement on Export Controls for Conventional Arms and Dual Use Goods and Technologies
- EU-Dual-Use Verordnung
- USA: Strenge Exportbestimmungen (NSA)

### **Welches Konzept versteht man unter der Bezeichnung „Key-Escrow“?**

Ausgleich zwischen

- Staatlichen Sicherheitserwägungen & Interessen
- Schutzinteressen bezüglich sensibler, kommerzieller, privater Daten und Informationen

Die Regelungen des Key-Escrowing (Schlüsselhinterlegung) verpflichten die Benutzer kryptographischer Verfahren, Kopien ihrer Schlüssel oder wesentliche Teile davon bei einer staatlichen oder unabhängigen Stelle zu „hinterlegen“

### **Inwiefern wäre ein generelles Verbot des Einsatzes von Verschlüsselungssoftware problematisch?**

Ein generelles Verbot des Einsatzes von Verschlüsselungssoftware würde eine Reihe von Verfassungsrechten verletzen, allen voran das Recht auf Privatsphäre und die Wahrung des Briefgeheimnisses.

more information: <http://www.cdt.org/crypto/risks98/> „The Risks of Key Recovery, Key Escrow, and Trusted Third-Party Encryption“

### **Welche Grundrechte werden durch die Kryptographieregelung berührt?**

- Nationales Recht: Staats-Grundgesetz
- internationales Recht: Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte:
  - Art. 8 EMRK (Recht auf Privatleben)
  - Art. 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung)

### **VIII. Signaturrecht**

#### **Nennen Sie den europäischen und nationalen Rahmen für elektronische Signaturen!**

- Richtlinie 1999/93/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen
- Signaturgesetz

#### **Nenne Sie die wichtigsten Grundsätze der Signatur-RL!**

Die Richtlinie soll die Verwendung von elektronischen Signaturen erleichtern und zu ihrer rechtlichen Anerkennung beitragen. Der Marktzugang sei frei, d.h. die Bereitstellung vom Zertifizierungsdiensten sei nicht an eine vorherigen Genehmigung gebunden. Auch Zertifizierungsdienste aus anderen Eu-Staaten sollen anerkannt werden, sofern es sich dabei um qualifizierte Zertifikate handelt. Es soll ein geeignetes Überwachungssystem ein gerichtet werden, das Anbieter qualifizierter Zertifikate kontrolliert. Die Zertifizierungsdienstanbieter haften für Schäden, die einem Benutzer aus dem Vertrauen auf das Zertifikat entstehen, sofern er es ordnungsgemäß verwendet.

in Kürze:

- freier Marktzugang für Zertifizierungsdienstanbieter
  - Freiwilliges Akkreditierungssystem
- Nichtdiskriminierungsgrundsatz
  - elektr. Unterschriften nicht ex ante ungültig
- Gleichwertigkeit mit handschriftlichen Unterschrift, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind

#### **Was bedeutet der Nichtdiskriminierungsgrundsatz der Signatur-RL?**

Kein Staat darf elektronische Unterschriften als solche nicht anerkennen. Unter bestimmten Umständen (qualifiziertes Zertifikat, sichere Signaturerstellungseinheit,...) muss die elektronische Unterschrift der handschriftlichen gleichgestellt werden (z.B.: Unterzeichnung von Verträgen, Beweismittel vor Gericht,...)

#### **Unter welchen Voraussetzungen sind elektronische Unterschriften handschriftlichen gleichzusetzen?**

Fortgeschrittene elektronische Signaturen, die auf einem qualifizierten Zertifikat beruhen und von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt wurden sind handschriftlichen Unterschriften gleichzusetzen.

#### **Welche Verträge können ausgenommen werden? Wo ist dies geregelt?**

Die Zertifizierungsdienstanbieter haben die Möglichkeit, Beschränkungen für die Verwendung des Zertifikates anzugeben. Sie haften dadurch nicht für Schäden, die bei einer Überschreitung dieser Begrenzung entstehen.

In Österreich: Ausnahmen nach § 4 des SigG, für die nach wie vor eine tatsächliche handschriftliche Unterschrift notwendig ist:

- Rechtsgeschäfte des Familien- und Erbrecht
- Willenserklärungen oder Rechtsgeschäfte, die an eine öffentliche Beglaubigung gebunden sind (notariell oder gerichtlich)
- Willenserklärungen, Rechtsgeschäfte, oder Eingaben, die die Eintragung in ein öffentliches Register nötig machen (Grundbuch, Firmenbuch,...)
- Bürgschaftserklärungen

### **Ist die Verwendung von Pseudonymen nach dem österr. SigG zulässig?**

§ 8 SigG Ausstellung qualifizierter Zertifikate:

(4) Ein Zertifizierungsdiensteanbieter kann nach Maßgabe des Zertifizierungskonzeptes auf Verlangen des Zertifikatswerbers im Zertifikat anstatt des Namens des Signators ein Pseudonym angeben. Das Pseudonym darf weder anstößig sein noch offensichtlich zu Verwechslung mit Namen oder Kennzeichen geeignet sein.

### **Wozu benötigen Österreichische Zertifizierungsdiensteanbieter eine „freiwillige Akkreditierung“?**

Die freiwillige Akkreditierung erfolgt durch die Telekom-Control GmbH. Akkreditierte Anbieter dürfen sich im Geschäftsverkehr als solche bezeichnen, und werden von der Aufsichtsbehörde in ein öffentlich einsichtiges Verzeichnis aufgenommen. Die Akkreditierung besagt, dass sich die Unternehmen der qualitativen Kontrolle der Aufsichtsbehörde freiwillig unterstellen und sich an die Sicherheitsbestimmungen halten. Im (Nicht-EU-)Ausland werden Zertifikate nur anerkannt, wenn die Diensteanbieter akkreditiert sind bzw. (nicht-EU-)ausländische Zertifikate werden nur von akkreditierten Diensteanbietern anerkannt.

## **IX. Urheberrecht**

### **Welche Rechte stehen dem Urheber eines Werkes grundsätzlich zu?**

Der Urheber eines Werkes hat das ausschließliche Recht, zu bestimmen, ob, wann und wie dieses Werk genutzt wird.

Der Urheber hat das Recht, als solcher anerkannt, bzw. genannt zu werden.

§ 10. (1) Urheber eines Werkes ist, wer es geschaffen hat.

(2) In diesem Gesetz umfaßt der Ausdruck "Urheber", wenn sich nicht aus dem Hinweis auf die Bestimmung des Absatzes 1 das Gegenteil ergibt, außer dem Schöpfer des Werkes auch die Personen, auf die das Urheberrecht nach seinem Tode übergegangen ist

### **Wann entstehen diese Rechte?**

Mit Vollendung des Werkes.

### **Wie lange dauern diese Rechte?**

70 Jahre ab Tod des Urhebers, 50 Jahre für verwandte Schutzrechte, ab Aufzeichnung/Darbietung, nachher keine Rechte.

### **Was sind Verwandte Schutzrechte?**

Verwandte Schutzrechte sind die Rechte, die alle an der Schöpfung eines Werkes beteiligten haben. (z.B.: Schauspieler bei einer Filmproduktion)

## Können e-Mail und Homepages als Werk iSd UrhG gewertet werden?

Generell schutzwürdig: „Eigentümliche Geistige Schöpfung auf den Gebieten der Literatur, der Tonkunst, der bildenden Künste und der Filmkunst“

Homepages:

- inkorporierte Texte, Lichtbilder etc. stehen selbst unter Schutz
- Hyperlinks: lediglich Verweise → keine Schutzwürdigkeit

e-Mails:

- individuelle geistige Schöpfung?
- Brief: Veröffentlichung nur, wenn nicht berechnete Interessen des Verfassers/Empfängers verletzt werden

## Nennen Sie die wichtigsten Verwertungsarten!

- Vervielfältigung

jedes Herstellen einer körperlichen Kopie § 15 UrhG

§ 15. (1) Der Urheber hat das ausschließliche Recht, das Werk - gleichviel in welchem Verfahren und in welcher Menge - zu vervielfältigen.

(2) Eine Vervielfältigung liegt namentlich auch in dem Festhalten des Vortrages oder der Aufführung eines Werkes auf Mitteln zur wiederholbaren Wiedergabe für Gesicht oder Gehör (Bild- oder Schallträger), wie zum Beispiel auf Filmstreifen oder Schallplatten.

(3) Solchen Schallträgern stehen der wiederholbaren Wiedergabe von Werken dienende Mittel gleich, die ohne Schallaufnahme durch Lochen, Stanzen, Anordnen von Stiften oder auf ähnliche Art hergestellt werden (Drehorgeln, Spieldosen u. dgl.).

(4) Bei Plänen und Entwürfen zu Werken der bildenden Künste umfasst das Vervielfältigungsrecht auch das ausschließliche Recht, das Werk danach auszuführen.

- unabhängig von Art der technischen Mittel einschließlich analoge und digitaler Verfahren
- Download, Upload, als auch Bearbeiten (Kopie Arbeitsspeicher)
- unabhängig von der Dauer
  - o daher auch Caching
  - o nicht aber Routing, da ja in Pakete zerlegt: erst „REASSEMBLY“
- Verbreitung
  - betrifft die Körperliche Verbreitung
  - der Öffentlichkeit zugänglich machen
    - öffentliche Übertragung <> körperliche Übertragung!
- Aufführung, Sendung = öffentliche Wiedergabe
  - betrifft unkörperliche Verbreitung
  - Übermittlung im Internet = Sendung ??
    - Problem: gleichzeitig Ausstrahlung und Wahrnehmung
      - video on demand, streaming

## Was versteht man unter dem Erschöpfungsgrundsatz?

First Sale Doctrine;

Das Problem stellt sich wie folgt: Das Verbreitungsrecht an einzelnen Werkstücken kann als erschöpft betrachtet werden, sobald diese mit Einwilligung des für das Inland Berechtigten im Inland oder Ausland durch Übertragung des Eigentums am Werkstück in Verkehr gebracht worden sind. (...)

Dittrich erklärt die Funktion des Erschöpfungsgrundsatzes: "Die Erschöpfung des Verbreitungsrechts hat die Funktion, den Interessenkonflikt zwischen dem Sacheigentümer und dem Inhaber des Urheberrechts eines Werkes, das im Sacheigentum als einem Werkstück verkörpert ist, zu regeln. Schon deshalb scheidet mE sowohl eine unmittelbare als auch eine analoge Anwendung der Regelung des Verbreitungsrechts auf den hier in Rede stehenden Sachverhalt aus."

(Quelle: <http://www.rechtsprobleme.at/doks/diss--2.html> )

Sobald ein Werk also rechtmäßig den Eigentümer wechselt, erschöpfen sich die Urheberrechte, es verbleibt lediglich ein Vergütungsanspruch. Der Urheber hat daher also keine weiteren Möglichkeiten, die Verbreitung zu kontrollieren.

Ausnahmen:

- Miete
  - Leihe
- übrige Rechte des Urhebers bleiben davon unberührt.

### **Erklären Sie den Unterschied zwischen körperlicher und unkörperlicher Verbreitung!**

Bei körperlicher Verbreitung wird das Werk als solches der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (Bücher, Musik-CDs,...), bei unkörperlicher Verbreitung nur eine Darstellung des Werkes in Form einer Aufführung oder Sendung (Lesung, Rundfunk,...)

### **Sind Bearbeitung von Werken Dritter?**

Bearbeitung eines Werkes ist zulässig, schafft unter Umständen ein neues Werk, welches selbst urheberrechtlichen Schutz genießen kann. Die Verwertung bedarf aber der Zustimmung des Urhebers des Originalwerkes. Ausnahme: sog. „freie Bearbeitung“ = Original diente nur als Anregung.

Bei Computerprogrammen: Bearbeitung „nur zulässig, wenn es für die bestimmungsmäßige Nutzung erforderlich ist.“

### **Ist die Vervielfältigung von Computerprogrammen zulässig?**

Ja, allerdings nur die Anfertigung von Sicherheitskopien zu eigenem Gebrauch.

### **Was versteht man unter Freier Werknutzung?**

Der rechtmäßige Eigentümer hat das Recht, das Werk für seine Bedürfnisse frei zu nutzen, dazu zählen insbesondere Vervielfältigungshandlungen.

- als Teil eines technischen Verfahrens: Dekompilierung, wenn
  - zur Nutzung berechtigt
  - zur bestimmungsgemäßen Nutzung notwendig
  - erforderliche Informationen anders nicht zugänglich
- allgemeines Interesse:
  - Nutzung des Werkes zu Beweis Zwecken vor Gericht
  - Schul- und Unterrichtszwecke
  - Aufführung im Geschäftsbetrieb zum Vertrieb
  - Zitierfreiheit (wenn schon einmal veröffentlicht, Quellenangabe)
- Ausnahmen im Interesse des Einzelnen:
  - § 42 UhG Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch:

§ 42. (1) Jedermann darf von einem Werk einzelne Vervielfältigungsstücke zum eigenen Gebrauch herstellen.

- Verbreitung oder Verwertung nicht zulässig!
- Keine Freie Werknutzung für Computerprogramme! (nur Sicherheitskopien)

### **Nennen Sie 2 Arten der Ausnahmen zum Vervielfältigungsrecht!**

1. Vervielfältigungsstücke dürfen nicht hergestellt werden, wenn sie dem Zweck dienen, das Werk mit Hilfe der Vervielfältigungsstücke der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

2. Vervielfältigungen zu Schul- und Unterrichtszwecken dürfen nicht hergestellt werden von Werken, die eigens für Schul- und Unterrichtszwecke geschaffen wurden.

### **Ermöglicht eine freie Werknutzung auch eine Verbreitung und Verwertung?**

Nein.

### **Wie sind die Vergütungsansprüche geregelt?**

Man unterscheidet drei Vergütungsarten:

- Leerkassettenvergütung  
→ entrichten die, die leere Datenträger kaufen, von denen angenommen werden kann, dass sie der Vervielfältigung zum Eigengebrauch dienen werden
- Gerätevergütung  
→ zu entrichten beim Kauf von Geräten, mit denen Werke vervielfältigt werden können (Kopierer, Tonaufnahmegeräte,...)
- Betreibervergütung  
→ entrichten die Betreiber von Vervielfältigungsgeräten (z.B.: copy-shop, Bibliotheken,...)

Die Vergütungen erhalten die Verwertungsgesellschaften.

## **X. Datenschutz**

### **Was wird durch den Datenschutz geschützt?**

Durch den Datenschutz wird die Privatsphäre geschützt.

### **Nennen Sie den Rechtsrahmen des Datenschutzes in der EU und in Österreich!**

EU:

- Datenschutz-RL 95/46/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.
- Telekom.-DS-RL 97/66/EG [ISDN-RL] des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 15. Dezember 1997 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre im Bereich der Telekommunikation.

Österr.:

- EMRK Art.8 Privatsphäre, Art.10 Meinungsfreiheit
- StGG (Staatsgrundgesetz)

§ 10a StGG

(1) Das Fernmeldegeheimnis darf nicht verletzt werden.

(2) Ausnahmen von der Bestimmung des vorstehenden Absatzes sind nur auf Grund eines richterlichen Befehles in Gemäßheit bestehender Gesetze zulässig.

- B-VG
- DSG (Datenschutzgesetz 2000)

### **Was sind „Grundrechtsschranken“?**

Einschränkungen der Grundrechte (so wie das in § 10a) D.h.: Die Grundrechte sind Rechte Gegen den Staat, diese dürfen im Bereich des Datenschutzes nur aus den in Art 8 (2) EMRK angeführten Gründen untergraben werden:

- für die Nationale Sicherheit



- für die öffentliche Ruhe und Ordnung
- für das wirtschaftliche Wohl des Landes
- für die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen
- zum Schutz der Gesundheit und der Moral
- oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer

## Welches Problem entsteht bei der Überwachung von Kommunikationsnetzen?

Eine unweigerliche Ausweitung des Überwachungsradius, da es oft technisch nicht möglich ist, nur bestimmte Teilnehmer eines Kommunikationsnetzes zu überwachen, oft werden unbeteiligte ebenfalls mit überwacht.

## Nennen Sie technische Risiken für den Datenverkehr im Internet!

- Fälschung, Verfälschung von Daten
  - Authentizität : Integrität : Vertraulichkeit
- Frame-Spoofing / Web-Spoofing
  - Ausnutzung der Frame-Architektur

Basically, the Frames Spoof is a "spoofing" attack that allows attackers to **insert unauthorized content** into the frames of *other* Websites. Every frames-based Website is vulnerable, and attacks that exploit this vulnerability are totally undetectable. So, for example, if one Website (we'll call it "Site A") uses frames, then savvy attackers can insert *their* content into Site A's frames. The "spoofed" content inserted by the attackers is indistinguishable from Site A's regular content.

Quelle: <http://www.pantos.org/atw/35547.html>

It allows them to insert contents into a frame within another sites window. If they set things up right, according to Microsoft, they may be able to trick users into thinking they were giving personal data to the legitimate site. Instead, they are sending it to the malicious site.

Quelle: [http://www.bugnet.com/alerts/bugalert\\_122398.html](http://www.bugnet.com/alerts/bugalert_122398.html)

- Cookies
  - ermöglichen Markierung & Wiedererkennung von Nutzern
  - Web-Wanzen
- Packet-Sniffer / IP-Snoofing
  - Programme zum Überwachen der Netzwerkknoten (keywords)
- Trojanische Pferde

Trojanische Pferde (**Trojan Horses** oder einfach **Trojan**) und Hintertüren (**Backdoors**) sind Programme, die unter irreführenden Namen und teilweise Pseudo-Funktionen nur ein Ziel verfolgen, den Rechner eines Opfers (das sog. *Target*) außer Betrieb zu setzen oder sogar Unberechtigten den Remote-Zugang über das Netzwerk zu ermöglichen. Zu den am weitesten verbreiteten Backdoors gehören:

[Back Orifice](#) - der erste

[NetBus](#) - der bedienungsfreundliche

[SubSeven](#) - der gefährliche

Quelle: <http://home.t-online.de/home/TschiTschi/trojan.htm>

- Viren und Würmer

## Was versteht man unter Frame-Spoofing?

(siehe oben) Unter frame-spoofing versteht man das Ausnutzen der Frame-Architektur insofern, dass ein unauthorisierter Dritter sich auf einer Website einnistet und seine Inhalte unter falschem Namen (also unter dem Namen des Website-Betreibers) in einem Frame publiziert. So kann er beispielsweise persönliche Daten der Internet-Benutzer über ein Formular eingeben lassen und sich zu senden, der Benutzer glaubt, er sendet die Daten an den vertrauenswürdigen Betreiber der Website.

### **Welche Technischen gegenmittel könne eingesetzt werden?**

- Kryptographie
- sichere Kommunikationsprotokolle /-kanäle
  - https://
  - SET
- Schutzprogramme
  - Virenschutz
  - Cookie-Killer
- Firewalls

### **Was regelt die allgemeine EU-Datenschutz-Richtlinie?**

Die allgemeine Datenschutzrichtlinie hat zum Ziel, einen gemeinsamen gemeinschaftlichen Datenschutzstandard zu erreichen und so den Datenschutz innerhalb der EU zu gewährleisten, gleichzeitig aber einen möglichst freien Datenfluss sicherzustellen.

Einbezogen in den Anwendungsbereich der DS-RL sind alle personenbezogenen Daten natürlicher Personen, unabhängig von der Art der Verarbeitung – also sowohl die vollständige, teilweise oder auch gar nicht automatisierte Verarbeitung persönlicher Daten.

### **Was regelt die EU-Telekommunikations-DS-RL?**

Die Telekom-DS-Richtlinie oder auch ISDN-Richtlinie regelt den Schutz der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich der Telekommunikation und den freien Verkehr dieser Daten sowie von Telekommunikationsgeräten und –diensten in der Gemeinschaft.

### **Welche Daten sind vom Regelungszweck der beiden Richtlinien umfasst?**

Generell handelt es sich um sog. personenbezogene Daten, def.:

Alle Informationen über eine bestimmte, oder bestimmbare natürliche Person. Als bestimmbar wird eine Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung einer Kennnummer oder zu einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen oder psychischen oder wirtschaftlichen Identität sind.

### **Was versteht man unter „Zweckgebundenheit“ der Datenverarbeitung?**

Eine Datenverarbeitung im Sinne der Richtlinie muss an einen eindeutig festgelegten und rechtmäßigen Zweck gebunden sein, personenbezogene Daten dürfen nicht länger als für diesen Zweck nötig aufgehoben werden, müssen also nachher gelöscht oder anonymisiert werden.

### **Erklären Sie das „zweistufige Zulässigkeitskonzept“ dem. Art.7 der DS-RL!**

Zuerst müssen die allgemeinen Voraussetzungen gemäß Art.6 vorliegen (1.Stufe):

- nach Treu und Glauben auf rechtmäßige Weise verarbeiten
- eindeutig festgelegter, rechtmäßiger Grund
- nicht darüber hinausgehen
- nicht zutreffende oder unrichtige Daten müssen richtig gestellt oder gelöscht werden
- nicht länger als nötig aufbewahren

erst dann wird die Zulässigkeit für den Einzelfall gemäß Art 7 überprüft (2.Stufe):  
einer der folgenden Fälle muss zutreffen:

- Einwilligung
- Erfüllung eines Vertrages
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Wahrung lebenswichtiger Interessen
- öffentliches Interesse
- Verwirklichung eines berechtigten Interesses

### **Welche Rechte hat der Betroffene?**

Der betroffenen Person müssen von der verarbeitenden Stelle spezielle Informationsrechte gewährt werden:

- Identität des für die Verarbeitung Verantwortlichen
- Zweckbestimmung der Verarbeitung
- weitere Informationen:
  - Empfänger der Daten, Kategorien der Daten
  - freiwillige/obligatorische Beantwortung
  - Bestehen von Auskunfts- und Berichtigungsrecht

Weiters hat er das recht auf kostenlose Berichtigung, Löschung oder Sperrung der Daten, insbesondere wenn die Daten unvollständig oder unrichtig sind.

DSG 2000: (Folie Proksch)

- ❖ Auskunftsrecht
- ❖ Recht auf Löschung und Richtigstellung
- ❖ Beschwerde bzw. Klagsrecht (Gerichte und DS-Komm.)
- ❖ Widerspruchsrecht wegen Geheimhaltungsinteresse
- ❖ Anspruch auf Schadensersatz

### **Was versteht man unter automatisierten Einzelentscheidungen? Sind diese zulässig?**

Das sind Entscheidungen, die ausschließlich aufgrund von automatisierter Datenverarbeitung zum Zwecke der Bewertung einer Person getroffen werden. Es dürfen keine rechtlichen Folgen oder erhebliche Beeinträchtigungen aus solchen automatisierten Einzelentscheidungen hervorgehen.

### **Wie ist der Daten-Export ins EU-Ausland geregelt?**

Personenbezogene Daten dürfen nur in Länder exportiert werden, deren Datenschutz-Standard mindestens so hoch ist wie in der EU, und wo das Grundrecht „angemessen“ geschützt ist.

### **Wurde die allgemeine DS-RL in Österreich bereits umgesetzt?**

Ja, im DSG 2000.

### **Welche Aufgabe hat die Datenschutzkommission?**

Die Datenschutzkommission hat einerseits die Aufgabe, gegen Datenschutzverletzungen durch Öffentliche (Behörden) zu agieren (bei Privaten → Gerichte), andererseits die Kontrolle des Datenschutzes sowohl im privaten als auch im Öffentlichen Bereich.

### **Was sind sensible Daten im Sinne des DSG 2000?**

insb. Daten über:

- ethnische Herkunft
- politische Meinung

- religiöse Überzeugung
- Gesundheit
- Sexualleben

### **Was versteht man unter Informationsverbundsystemen?**

Die gemeinsame Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch mehrere Auftraggeber und die gemeinsame Benutzung der Daten, so dass jeder Auftraggeber auch auf die erhobenen und verarbeiteten Daten des anderen Auftraggebers zugriff hat. (z.b.: Zusammenführung von Kundendatenbanken)

### **Welchen Unterschied macht es, ob eine Datenverarbeitung durch eine öffentliche Stelle oder durch eine private Firma erfolgt?**

Für die Kontrolle der Richtigkeit des Vorgehens, ist bei privaten Firmen das Gericht zuständig, für Öffentliche Stellen die Datenschutzkommission.

### **Wie kann eine Missachtung des DSG 2000 geahndet werden?**

Klage bei ordentl. Gerichten oder DS-Kommission, Strafbestimmung: „Datenanwendung mit Gewinn- oder Schädigungsabsicht“, Freiheitsstrafe bis 1 Jahr)

## **Cybercrime**

### **Gibt es in Österreich spezielle Gesetze gegen Straftaten, die „online“ begangen werden?**

Ja, Datenbeschädigung, Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch. Weiters sind den Providern gewisse Pflichten auferlegt, wie die Kooperation mit den Behörden zur Verhinderung/Bekämpfung von Straftaten.

### **Wo finden sich solche Bestimmungen?**

Strafgesetzbuch (StGB)

#### **- § 126a StGB (Datenbeschädigung)**

§ 126a. (1) Wer einen anderen dadurch schädigt, daß er automationsunterstützt verarbeitete, übermittelte oder überlassene Daten, über die er nicht oder nicht allein verfügen darf, verändert, löscht oder sonst unbrauchbar macht oder unterdrückt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

(2) Unter Daten im Sinn des Abs. 1 sind sowohl personenbezogene und nicht personenbezogene Daten als auch Programme zu verstehen.

(3) Wer durch die Tat an den Daten einen 25 000 S übersteigenden Schaden herbeiführt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen, wer einen 500 000 S übersteigenden Schaden herbeiführt, mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

#### **- § 148a StGB (Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch)**

§ 148a. (1) Wer mit dem Vorsatz, sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern, einen anderen dadurch am Vermögen schädigt, daß er das Ergebnis einer automationsunterstützten Datenverarbeitung durch Gestaltung des Programms, durch Eingabe, Veränderung oder Löschung von Daten (§ 126a Abs. 2) oder sonst durch Einwirkung auf den Ablauf des Verarbeitungsvorgangs beeinflusst, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

(2) Wer die Tat gewerbsmäßig begeht oder durch die Tat einen 25 000 S übersteigenden Schaden herbeiführt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, wer durch die Tat einen 500 000 S übersteigenden Schaden herbeiführt, mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

### **Können die Internet Service Provider auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden?**

§75 TKG regelt die Haftung der Provider wie folgt:

§ 75. (1) Funkanlagen und Endgeräte dürfen nicht missbräuchlich verwendet werden. Als mißbräuchliche Verwendung gilt:

1. jede Nachrichtenübermittlung, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit oder die Sittlichkeit gefährdet oder welche gegen die Gesetze verstößt;
2. jede grobe Belästigung oder Verängstigung anderer Benutzer;
3. jede Verletzung der nach diesem Gesetz und den internationalen Verträgen bestehenden Geheimhaltungspflicht und
4. jede Nachrichtenübermittlung, die nicht dem bewilligten Zweck einer Funkanlage entspricht.

(2) Inhaber von Funkanlagen und Endgeräten haben, soweit ihnen dies zumutbar ist, geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine mißbräuchliche Verwendung auszuschließen. Diensteanbieter, welche lediglich den Zugang zu Telekommunikationsdiensten vermitteln, gelten nicht als Inhaber.

(3) Funkanlagen dürfen nur für den bewilligten Zweck sowie an den in der Bewilligung angegebenen Standorten, bewegliche Anlagen nur in dem in der Bewilligung angegebenen Einsatzgebiet betrieben werden.

(4) Funksendeanlagen dürfen nur unter Verwendung der mit der Bewilligung zugeteilten Frequenzen und Rufzeichen betrieben werden.

(5) Endgeräte dürfen nur so betrieben werden, daß keine Störungen eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes erfolgen.

(6) Nicht zugelassene oder nicht entsprechend gekennzeichnete Endgeräte dürfen weder mit einem öffentlichen Telekommunikationsnetz verbunden noch in Verbindung mit diesem betrieben werden.

#### § 89 TKG Mitwirkungspflicht der Provider:

§ 89. (1) Der Betreiber ist nach Maßgabe einer gemäß Abs. 3 erlassenen Verordnung verpflichtet, alle Einrichtungen bereitzustellen, die zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der StPO erforderlich sind. Diese Verpflichtung begründet keinen Anspruch auf Kostenersatz.

(2) Der Betreiber ist verpflichtet, an der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der StPO im erforderlichen Ausmaß mitzuwirken. Hiefür gebührt ihm der Ersatz der angemessenen Kosten.

(3) Durch Verordnung kann der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr im Einvernehmen mit den Bundesministern für Inneres und für Justiz, dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend, die näheren Bestimmungen für die Gestaltung der technischen Einrichtungen zur Gewährleistung der Überwachung eines Fernmeldeverkehrs nach den Bestimmungen der StPO festsetzen. Nach Erlassung der Verordnung ist unmittelbar dem Hauptausschuß des Nationalrates zu berichten.

### **Welchen Tatbestand betrifft § 136a StGB „Datenbeschädigung“?**

Datenbeschädigung ist das mutwillige Verändern, Löschen, Unterdrücken von automationsunterstützt verarbeiteten oder übermittelten Daten, auf die man nicht (oder nicht alleine) berechtigt ist, zuzugreifen, sowie die Einwirkung in Programme, um einen anderen zu schädigen

### **Welchen Tatbestand betrifft § 148a StGB „Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch“?**

Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch betrifft das mutwillige Einwirkung in Datenverarbeitungsprozesse (Eingabe, Veränderung, Löschen), um jemanden am Vermögen zu schädigen und sich selbst zu bereichern.

## ***XII. Internet Governance***

### **Was ist das Internet?**

Das Internet ist ein globales Informationssystem, das

- einen globalen Adressraum gemeinsam hat (IP Internet Protocol)
- über das Transmission Control Protocol / Internet Protocol kommuniziert (TCP/IP)

## Wer verwaltet das Internet?

Eigentlich ist das Internet ein selber wachsendes Netzwerk, und wird nicht von einer zentralen Stelle aus gesteuert. Selbstverständlich müssen aber, vor allem, was technische Standards und organisatorische und administrative Tätigkeiten angeht, irgendwo die Fäden zusammenlaufen. Diese Zentrale Stelle ist die ICANN, die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers.

## Was ist die ICANN?

Die ICANN ist eine Organisation, deren Aufgabe grob gesprochen die Administration des Internet ist. Sie ist jedoch keine Internationale Organisation, aber eine non-governmental, sowie non-profit Organisation.

## Wie ist die ICANN entstanden?

Entstanden ist die ICANN aus:

- SRI – ISI – IANA – John Postel
- IAHC (ISOC, ITU), gTLD-MoU, CORE
- WIPO
- 01/98 u.s. DoC Green Paper
- 06/98 u.s. DoC White Paper
- 07/98 EU COM(1998) 467
- 11/98 MoU DoC – ICANN
  - o Mo U DoC, ICANN, NSI

### Internet Assigned Numbers Authority

The IANA is the authority originally responsible for the oversight of IP address allocation, the coordination of the assignment of protocol parameters provided for in Internet technical standards, and the management of the DNS, including the delegation of top-level domains and oversight of the root name server system. Under ICANN, the IANA continues to distribute addresses to the Regional Internet Registries, coordinate with the IETF and others to assign protocol parameters, and oversee the operation of the DNS.

### The Internet Corporation for Assigned Names and Numbers

ICANN is a global non-profit corporation formed to oversee a select range of Internet technical management functions currently managed by the U.S. Government, or by its contractors and volunteers. Between now and September 2000. ICANN is gradually taking over responsibility for coordinating the assignment of protocol parameters, the management of the domain name and root server systems, and the allocation of IP address space.

### Network Solutions, Inc.

NSI was the company that acted as the sole registry and registrar for the .com, .net, and .org top-level domains from 1993-1999, pursuant to a cooperative agreement with the United States Government. NSI has been acquired by VeriSign, Inc., which currently operates the .com, .net, and .org top-level domain registries pursuant to agreements with ICANN and the United States Government. NSI is also one of nearly 100 companies that have been accredited by ICANN to offer registrar services in those and other top-level domains.

### World Wide Web Consortium

The W3C is an international industry consortium founded in October 1994 to develop common protocols that promote the evolution of the World Wide Web and ensure its interoperability. Services provided by the Consortium include: a repository of information about the World Wide Web for developers and users; reference code implementations to embody and promote standards; and various prototype and sample applications to demonstrate use of new technology.

### World Intellectual Property Organization

WIPO is an intergovernmental organization based in Geneva, Switzerland responsible for the promotion of the protection of intellectual rights throughout the world. It is one of the 16 specialized agencies of the United Nations system of organizations.

Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA)

- Information Sciences Institute (ISI) of University of Southern California
- Stanford Research Institute (SRI)

National Science Foundation (NSF)

## **Internet-Governance in den USA**

**Privatisierung des Internet ab 1995:**

**Internet Assigned Numbers Authority (IANA)** der US-Regierung direkt unterstellte und finanzierte

**Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN)**

privatisierte Form der bisherigen Internet-Gouvernance durch IANA

### **Entstehung von ICANN**

1. Juli 1997: auf der Grundlage von Clintons 'Framework for Global Electronic Commerce' wird der Wirtschaftsminister beauftragt, das Domain-Namens-System (DNS) zu privatisieren um den Wettbewerb zu fördern.

Green Paper des Wirtschaftsdepartments: allg. Unzufriedenheit mit der Arbeit von IANA

- Entwicklung von ICANN im Sommer '98
- Start des Projektes Ende '98 als privates non-profit-Unternehmen mit internationalem Direktorenrat
- ab September 2000: permanente "Regierungs"-Struktur mit Mitgliedern und einem gewählten Direktor

Jon Postel, ehemals Direktor von IANA, entwirft ICANN im Auftrag der US-Regierung praktisch im Alleingang.

Unterstützung von ICANN durch Gründer der technischen Internet-Community.

### **Wie ist die ICANN aufgebaut?**

An der Spitze der ICANN steht das 'Board of Directors', bestehend aus 19 Mitgliedern, davon einen President and CEO (M. Stuard Lynn).

Im sog. At Large Membership können derteit ca. 76.000 Mitglieder der ICANN 5 Direktoren ins Board of Directors wählen. Strukturell setzt sich die ICANN, abgesehen von den At Large Members aus 3 Organisationen zusammen,

- der Domain Name Supporting Organisation

- der Address Supporting Organisation
- und der Protocol Supporting Organisation

Jede davon wählt jeweils 3 Direktoren. Weiters gibt es noch 4 Gruppen, das Root Server System Advisory Committee, das Governmental Advisory Committee, die Membership implementation Task Force, und die Budget Advisory Group.

## Was für Kompetenzen hat die ICANN?

Aufgaben von ICANN

- Überwachung der technischen Standards
- Entwicklung der Standards von Datenprotokolle und Adresszuweisungen im Internet
- Verwaltung des zentralen Internetadref-Verzeichnisses
- Neuplanung der top-level domains: .com, .org und .net.
- Umsatz der Network Solutions Inc. (NSI) allein 1998: \$ 93,6 Mio. und ein Gewinn von \$ 11,2 Mio.
- Entwicklung weiterer spezifischer Domains: .firm, .nom oder .arts
- Kontrolle und Zuweisung der InternetProtokoll-Nummern (IP)
- Betreuung des Domain-Name Systems (DNS) als Lotse zwischen Domain-Name und IP-Nummer.

Die ICANN hat folgende Aufgaben:

- IP-Adressierung
- Bereichsamensystem (DNS)
- Interent-Protokolle
- Root-Server-System
  - 13 RS, A-RS bei NSI

## Was ist das Root-Server-System?

13 Root-Server bilden die weltweite Wurzel des Internet, insofern, dass dort alle Domainnames zu den passenden IPs registriert sind, und zwar ausgehend vom A-RS, von dort werden die Daten auf die weiteren Rootserver kopiert. Die Rootserver verwalten also die Domain-Names und dazugehörige IPs.

## Wie ist das IPv6 aufgebaut und wozu wird es entwickelt?

Adressen im IPv6

Die IPv6 Adressen sind im Unterschied zu IPv4 von 32 Bit auf 128 Bit angewachsen, trotzdem sind die grundsätzlichen Konzepte gleich geblieben. Die Adresse hat die allgemeine Form xxxx:xxxx:xxxx:xxxx:xxxx:xxxx:xxxx:xxxx und ist damit recht kompliziert. Um die Schreibweise zu vereinfachen, wurden einige Regeln eingeführt...

Das Internet Protokoll version 6 dient so wie alle anderen früheren Versionen der Adressierung von Rechnern im Internet.

## XIII. Domainrecht

### Erklären Sie das Domain-Name-System!

Die Rechner im Internet sind durch IPs adressiert, so hat jeder Rechner eine nach IPv4 32 Bit, nach IPv6 128 Bit lange Nummer, die ihn eindeutig im Internet identifiziert. Da diese Nummern für Menschen schwer zu merken sind, werden die Nummern in eindeutiger Weise durch Namen ersetzt, der so entstandene Namen ist dann der sog. Domain Name.

### Welche Domain-Arten gibt es?

Die Domains werden aufgrund der TLDs (Top Level Domains) unterschieden, generell unterscheidet man

- Generische TLDs und
  - .gov
  - .edu
  - .mil



- .net
- .int
- .org
- .com
- .aero
- .biz
- .coop
- .info
- .museum
- .name
- .pro
- geographische = Country-Code TLDs
  - .at
  - .de
  - ...

### Von wem werden geographische TLDs verwaltet?

Neben diesen generischen TLDs gibt es **landesspezifische** *Top Level Domains* wie beispielsweise **.de** für Deutschland, **.au** für Australien oder **.fr** für Frankreich. Die Länder TLDs werden von **nationalen** Network Information Centern verwaltet, deren Internet-Adresse oft *Nic* und die entsprechende Länder-Domain ist. In Deutschland ist durch Verträge mit der **Internic** die **DeNic** für die Verwaltung der nationalen *Top Level Domain* **.de** verantwortlich und besitzt praktisch hier ein Monopol.

### Nach welchem Prinzip werden Domain-Names vergeben?

Prinzipiell nach der Devise „First Come, First Serve“

### Beschreiben Sie die rechtliche Natur von Domain-Name!

Einerseits Adresse, aber vor allem ein

- privater Name mit Unterscheidungskraft im Sinne des § 43 ABGB.

Für Unternehmen ist der Domainname ein Marketing Instrument und als

- (Unternehmens-) Kennzeichen zu betrachten, im Sinne des Markenschutzgesetzes MschG, aber auch als
- Name einer Firma im Sinne des HGB.

### Nennen Sie den Rechtsrahmen für das Domainrecht!

Allgemeine Regelung des § 43 ABGB:

→ Jeder soll gegen die unbefugte Benutzung seines Namens oder Kennzeichens im privaten wie im Geschäftsbereich geschützt sein.

- Grund: Unterscheidungskraft und Identifizierungsfunktion von Namen
- Unterlassungsanspruch

Spezielle Regelung:

- Markenschutzgesetz MschG (Registrierung im Markenregister → Inhaber)
- Bundesgesetz über den Unlauteren Wettbewerb UWG
- HGB (Name einer Firma)
- Urheberrechtsgesetz (UrhG)

### **Beschreiben Sie das Problem des Flachen Adressraumes!**

Jeder Domainname kann nur einmal vergeben werden, und das weltweit. Das führt natürlich unweigerlich zu Konflikten und zwar zwischen Privaten untereinander, zwischen Unternehmen untereinander und zwischen Privaten und Unternehmen.

### **Können Gattungsbegriffe als Domainnames registriert werden?**

Prinzipiell lassen sich alle Domainnames registrieren, allerdings läuft der Benutzer Gefahr, von Benachteiligten verklagt zu werden, aufgrund der Ähnlichkeit des Domainrechts mit dem Markenrecht, und im Markenrecht ist es unzulässig, Gattungsbegriffe als Marken zu registrieren, wegen dem „Freihaltebedürfnis“ (Ausnahme: Überregionale Verkehrsgeltung“)

### **In welchem Zusammenhang ist eine Überregionale Bedeutung eines Unternehmens relevant?**

In einem Domainstreit zwischen Unternehmen und natürlichen Personen, treffen die Ansprüche des Namenrechtes mit denen des Handelsrechtes, zusammen (sofern das Unternehmen den gewünschten Namen nicht als Marke registriert hat). Hier gewinnt das Unternehmen in der Regel den Domainstreit, falls es überregionale Bedeutung hat.

### **Gewinnt ein Unternehmen jeden Domainstreit gegen einen Privaten?**

Nein, falls das Unternehmen keine Überregionale Bedeutung hat und eine Privatperson aufgrund des Namensrechts Anspruch auf den Namen hat und ihn schon vorher registriert hat, dann wird das Unternehmen den Streit wahrscheinlich nicht gewinnen.